

## **Antworten des Landesverbandes DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine des AK queer in ver.di Berlin-Brandenburg**

### **1. Der Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ stellt erhebliche finanzielle Anforderungen an den Landeshaushalt. In welchem Umfang wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die erforderlichen finanziellen Mittel zur Umsetzung des Aktionsplans bereitgestellt und die vorhandenen Mittel ausgeweitet werden?**

DIE LINKE unterstützt den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ in vollem Umfang. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Förderung von Gleichberechtigung und die Bekämpfung von Diskriminierung zentrale Aufgaben einer fortschrittlichen und gerechten Gesellschaft sind. Deshalb setzen wir uns entschieden dafür ein, dass die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung dieses Aktionsplans bereitgestellt werden.

Für uns ist klar, dass die finanziellen Mittel nicht nur auf dem derzeitigen Niveau erhalten, sondern auch entsprechend den Anforderungen und Bedarfen erweitert werden müssen. Dies umfasst Investitionen in Bildungsprogramme, Beratungseinrichtungen und Unterstützungsangebote für queere Menschen sowie die Förderung von Projekten, die das Bewusstsein und die Akzeptanz in der Gesellschaft stärken.

Die Bereitstellung dieser Mittel sehen wir als eine unverzichtbare Maßnahme an, um eine umfassende und nachhaltige Unterstützung für die queere Gemeinschaft in Brandenburg sicherzustellen. Wir werden im Landtag dafür kämpfen, dass der Landeshaushalt entsprechend angepasst wird und notwendige Ressourcen bereitgestellt werden, um die im Aktionsplan festgelegten Ziele zu erreichen. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und der queeren Community, um sicherzustellen, dass die Mittel effizient und zielgerichtet eingesetzt werden.

### **2. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Bezahlung der Mitwirkenden der vorgeschlagenen Maßnahmen tarifgerecht und sozialversichert erfolgt?**

Eine unserer zentralen Zielstellungen ist es, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass alle Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können. Wir kämpfen dafür, dass Arbeit grundsätzlich unbefristet, sinnvoll und tariflich bezahlt sein muss. Um das zu erreichen, wollen wir folgende konkreten Forderungen und Projekte umsetzen:

- Lohndumping im öffentlichen Auftrag darf es nicht mehr geben. Alle, die öffentliche Aufträge oder öffentliche Fördermittel erhalten, werden verpflichtet, ihre Beschäftigten nach Tarif zu bezahlen.
- Neben der Tariftreueregelung braucht es mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge. Deshalb werden wir die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen grundsätzlich vereinfachen und gemeinsam mit dem „Bündnis für Gute Arbeit“ mehr Tarifverträge als allgemeinverbindlich erklären.
- Wir setzen uns für soziale Absicherung in allen Arbeitsverhältnissen ein, indem wir Befristungen zurückdrängen und sämtliche Tätigkeiten über die Sozialversicherungen absichern. Das schließt Beschäftigte über Plattformen, Solo-Selbstständige, Saisonbeschäftigte und Minijobberinnen und Minijobber mit ein.
- 

### **3. Welche Maßnahmen im Aktionsplan sind für Ihre Partei vordringlich und müssten umgehend umgesetzt werden?**

Wir treten ein weltoffenes, buntes und sicheres Regenbogenland Brandenburg. Wir erachten alle im Aktionsplan enthaltenen Maßnahmen für wichtig und werden uns für die Umsetzung aller dieser Maßnahmen einsetzen. Vordringliche Maßnahmen sind in unserer Einschätzung vor allem:

- der Erhalt und der Ausbau wichtiger Projekte wie z.B. „Bildung unterm Regenbogen“ und „Regenbogenfamilien stärken“
- der Aufbau einer landesweiten Transberatungsstelle mit einer angemessenen Ausstattung, um mit mobilen Beratungsangeboten auch den Bedarf in der Fläche decken zu können
- die Schaffung flächendeckender queerer Begegnungsorte und die Etablierung von psychosozialen, spezialisierten Beratungsangeboten vor allem für queere Jugendliche
- die Etablierung einer/eines eigenständigen Queer-Beauftragten im zuständigen Ministerium
- die Auflegung eines separaten Etats von mindestens 100.000 Euro für Veranstaltungen

#### **4. Halten Sie die vorgeschlagenen Maßnahmen für Gewaltprävention und Antidiskriminierung für ausreichend oder welche weiteren Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor?**

Wir halten die im Aktionsplan vorgeschlagenen Maßnahmen nicht für ausreichend bzw. zum Teil für zu vage. Notwendig sind folgende Maßnahmen, für die wir uns konkret einsetzen:

- Erlass eines Landesantidiskriminierungsgesetzes, das das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) auf Landesebene präzisiert und ergänzt. Es soll die Aufträge aus der Verfassung an das Land Brandenburg zum Schutz vor Ungleichbehandlungen konkretisieren und das Diskriminierungsverbot regeln. Hierzu zählen auch Sanktionen, Klagerecht für Antidiskriminierungsverbände und mehr.
- landesfinanzierter Ausbau der Aus- und Weiterbildungsangebote in den Schwerpunkten Umgang mit Hass, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus und Gewalt im Netz als auch für die Etablierung von Kontakt- und Beratungsstellen für von Hass und Gewalt im Netz betroffene junge Menschen. Insbesondere muss das Land präventive Angebote zur Aufklärung und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt im Netz schaffen.
- Bedarfsgerechter Ausbau von Schutzunterkünften für Trans-Personen, insbesondere auch für LSBTIQ\*-Flüchtlinge.

Darüber hinaus werden wir der zunehmenden antidemokratischen und queerfeindlichen Propaganda im gesellschaftlichen Diskurs entschieden entgegenwirken und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zur Stärkung der Demokratie fördern.

#### **5. Halten Sie die vorgeschlagenen Maßnahmen für LGBTTIQ-Geflüchtete, insbesondere bei der Unterbringung, für ausreichend oder welche weiteren Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor?**

Auch diese Maßnahmen halten wir nicht für ausreichend. Das Land muss umgehend ein niedrigschwelliges und bedarfsdeckendes Angebot mobiler psychotherapeutischer, psychosozialer sowie rechtlicher Beratungsangebote gewährleisten und vor allem Schutzunterkünfte/- räume für LSBTIQ\*-Flüchtlinge absichern. Zudem sind konkrete Angebote zur Sensibilisierung von Mitarbeit\*innen in Unterkünften für Geflüchtete im Umgang mit der Zielgruppe LGBTIQ\*-Geflüchtete zu schaffen.

#### **6. Die meisten vorgeschlagenen Maßnahmen sollen von der öffentlichen Verwaltung umgesetzt werden. Welche der vorgeschlagenen Maßnahmen werden Sie auch in Ihrer Partei umsetzen?**

Folgende Maßnahmen aus dem Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ werden wir auch innerhalb unserer Partei umsetzen:

- Zusammen mit unserer Bundesarbeitsgemeinschaft und der Brandenburger Landesarbeitsgemeinschaft Queer werden wir Schulungen und Workshops für unsere

Mitglieder und Mitarbeitenden anbieten, um das Bewusstsein für die Belange der queeren Community zu schärfen und Diskriminierung aktiv entgegenzuwirken.

- Die Förderung einer inklusiven Parteikultur als einer Kultur der Offenheit und Akzeptanz ist für uns zentral. Wir werden sicherstellen, dass unsere Parteistrukturen und -veranstaltungen ein sicherer Raum für alle sind, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Dies beinhaltet auch die konsequente Umsetzung eines Antidiskriminierungskodex innerhalb der Partei.
- Wir werden uns aktiv an der Unterstützung und Förderung von queeren Projekten und Initiativen beteiligen, sowohl innerhalb der Partei als auch im weiteren gesellschaftlichen Kontext. Dies kann durch finanzielle Unterstützung, Kooperationen oder durch Bereitstellung von Räumen und Ressourcen geschehen.
- Es ist uns wichtig, dass queere Menschen auch innerhalb unserer Partei stark repräsentiert sind und aktiv an Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Wir bieten queeren Mitgliedern Plattformen, auf denen sie ihre Anliegen und Perspektiven einbringen können.
- Wir werden uns in der Öffentlichkeitsarbeit weiterhin aktiv für die Belange der queeren Community einsetzen und regelmäßig über queere Themen informieren und aufklären.

## **7. Welchen Zeitraum zieht Ihre Partei für die Umsetzung der Maßnahmen im Aktionsplan in Betracht?**

Grundsätzlich muss dieser Aktionsplan als Prozess verstanden werden. Er muss konsequent evaluiert und mit den Selbstvertretungsorganisationen weiterentwickelt werden. Es braucht konkrete und ausfinanzierte Maßnahmen, damit Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans\*- und Intersexuelle und queere Menschen (LSBTIQ\*) selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können. Der Aktionsplan soll künftig in einer Stabsstelle des Familienministeriums umgesetzt werden. Dabei müssen auch die Bedarfe von queeren Senior\*innen sowie der queeren Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Für die Umsetzung der Maßnahmen verfolgen wir einen mehrstufigen Ansatz:

1. Kurzfristig (in den nächsten 1 bis 2 Jahren) sollen vor allem die Sofortmaßnahmen umgesetzt werden. Dazu gehören z. B. die Einrichtung und Stärkung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für queere Menschen sowie der Ausbau der Sensibilisierungs- und Fortbildungsangebote
2. Mittelfristig streben wir die Umsetzung von Maßnahmen an, die eine breitere gesellschaftliche Wirkung entfalten. Dazu gehören umfassende Bildungsprogramme in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, der Ausbau von Forschungsprojekten zu queeren Themen und die Förderung von queeren Kultur- und Gemeinschaftsprojekten. In diesem Zeitraum sollen auch rechtliche Anpassungen und Verbesserungen im Antidiskriminierungsrecht angestrebt werden.
3. Langfristig soll der Aktionsplan in die Struktur des Landes Brandenburg integriert werden, sodass queere Themen dauerhaft und nachhaltig verankert sind.